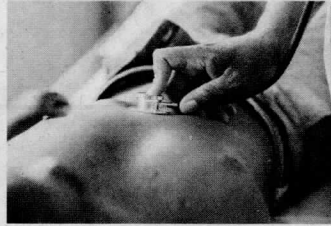


27/12/2017 21

Blaumachen

Der Regierungsrat will keine Jokertage für Gymnasiasten.

25



Ruedi Lüthy

Der Arzt kämpft in Afrika gegen Aids und Armut.

22, 23



ungsschalter

Die Ecke

Rollenspiel

Der Fall Pauli im Entsorgungsdepartement habe seinen journalistischen Instinkt geweckt, sagte Paulis Chef Filippo Leutenegger. Warum bloss unterdrückt der FDP-Stadtrat diesen in den Stadtratssitzungen? (bra)

Elmer scheitert vor Bundesgericht

Ex-Banker Rudolf Elmer hat vergeblich versucht, einen ehemaligen Oberrichter vor Gericht zu bringen.

Thomas Hasler

Im August letzten Jahres war Rudolf Elmer vom Obergericht wegen versuchter Nötigung, Drohung und Urkundenfälschung verurteilt, vom Vorwurf der Bankgeheimnisverletzung aber freigesprochen worden. Peter Marti, damals Vorsitzender des Gerichts, sagte in der mündlichen Urteilsöffnung und -begründung: «Sie sind kein Whistleblower, sondern ein ganz gewöhnlicher Krimineller, ein nur auf seinen eigenen Vorteil bedachter Krimineller. Ein richtiger Whistleblower steht zu dem, was er gemacht hat, und beruft sich auf Rechtfertigungsgründe.»

Der 61-jährige ehemalige Offshorebanker und Manager der Bank Julius Bär betrachtete diese Äusserungen als ehrverletzend und reichte Strafanzeige wegen Verleumdung ein. Weil es sich beim - inzwischen zurückgetretenen - Ober-

rungsschalter

er hat Folgen: Innert dreier Wochen sind ie SVP tobt - und erhält Unterstützung.

13-mal mehr als im Schwein-
nitt. Genf erreicht diesen
ie letzten zwölf Monate.
rte wird allenfalls die Stadt
chen, der Kanton aber
die Reaktionen auf Fehrs
rhalten bis negativ. Wäh-
nterthur und Uster noch
wollen, meldet Dietikon,
erreaktion geplant sei. Die
ssetzungen für den Erwerb
r Bürgerrechts würden «zu
it auf der Website publi-
hrs Empfehlung gar nichts
n die vom TA angefragten
olketswil und Oberstamm-
he hinter der Verschärfung
chtspraxis und sehen kei-
Einbürgerungen zu forcie-
olketswils Gemeindepräsi-
ilippe Pinto (CVP). Auch
rechtsstaatlich brisant, jene
, sich jetzt noch einbürgern
dies nach dem Willen des
künftig nicht mehr dür-

Informationskampagne
ne Zwängerei. Auch Martin
, Gemeindepräsident von
eim, gibt sich skeptisch. Er
ie Amtskollegen im Bezirk
würden bestimmt keine
verschicken: «Jene, die sich
ssen wollen, sind integriert
ich ohnehin von selbst.»

zig sind die Zahlen vor allem
derungen. So sanken die
, was zu einem Run auf die
sbürgerschaft führte. Ab 2007
id die doppelte Staatsbürger-
kam erschwerend der Sprach-
ne, die nicht in der Schweiz in-
ngen sind. Die Unsicherheiten
r Ausschaffungs-, Massen-
und der Durchsetzungsinitia-
falls Einfluss. Auch könnte
en Februar vom Volk angenom-
te Einbürgerung für die dritte
ation auswirken. (pu)

Die meisten angefragten Städte und
Gemeinden haben auch ohne Brief ein
erhöhtes Interesse an Einbürgerungen
festgestellt. In Winterthur heisst es, die
Betroffenen hätten von den Gesetzes-
verschärfungen sehr wohl Kenntnis.

SVP-Angst vor neuen Mehrheiten

Während sich die Gemeinden zurückhal-
ten, ist die SVP empört. Sie hat gestern
eigens zu einer Medienkonferenz geru-
fen. Nationalrat Thomas Matter sprach
von einer «Masseneinbürgerung», wel-
che «noch gefährlicher» sei als die «Mas-
seneinwanderung». Die Eingebürgerten
könnten an der Urne über «unser Volks-
vermögen» bestimmen, so Matter. Er be-
fürchtet gar eine «Umwälzung der politi-
schen Entscheide». Laut Studien wäh-
len und stimmten die Eingebürgerten
linker und internationaler als die Ur-
Schweizer. 2011 hätten 24 Prozent der
«Wähler mit Migrationshintergrund»,
aber nur 17 Prozent der gebürtigen
Schweizer SP gewählt. So sprach Matter
von Stimmenkauf durch die SP. Kantonal-
parteipräsident Konrad Langhart
warnte gar vor «neuen Mehrheiten».

Während Mauch eher mit Partizipation
argumentierte, brachte Jacqueline
Fehr auch eine Nationalfonds-Studie ins
Spiel, wonach die Einbürgerung die Inte-
gration fördere. Das sei Unsinn, meinte
Langhart: «Die Einbürgerung ist der Ab-
schluss und nicht der Anfang einer Inte-
gration.» Matthias Hauser, Gemeinde-
präsident von Hüntwangen, sprach von
einem Machtmissbrauch der beiden SP-
Politikerinnen. Exekutiven hätten umzu-
setzen, was Parlamente und Volk vorge-
ben. Baudirektor Markus Kägi (SVP) habe
nach der Annahme der Kulturlandinitia-
tive auch die Landeinzonungen ge-
stoppt, bis alles gesetzlich geregelt war.
Im Fall der Einbürgerungen hätten die
eidgenössischen Räte im Juni 2014 die
Richtlinien verschärft, erinnerte Na-
tionalrat Mauro Tuena. Ein Referendum da-
gegen wurde nicht ergriffen. «Die SP
wusste selbst, dass sie damit beim Volk
nicht durchkommt», sagte Tuena.

Kommentar Seite 2

bedachter Krimineller. Ein richtiger
Whistleblower steht zu dem, was er ge-
macht hat, und beruft sich auf Rechtfertig-
ungsgründe.»

Der 61-jährige ehemalige Offshore-
banker und Manager der Bank Julius Bär
betrachtete diese Äusserungen als ehr-
verletzend und reichte Strafanzeige we-
gen Verleumdung ein. Weil es sich beim
- inzwischen zurückgetretenen - Ober-
richter um eine Magistratsperson han-
delt, musste der Kantonsrat die Ermäch-
tigung zur Strafverfolgung erteilen. Die
Geschäftsleitung verweigerte jedoch auf
Antrag der Justizkommission die Er-
mächtigung.

Politisches «Urteil» ist erlaubt

Elmer beschwerte sich vor Bundesge-
richt gegen die verweigte Ermächti-
gung. Der Fall hätte dem Kantonsrat als
Ganzem vorgelegt werden müssen und
nicht durch die Geschäftsleitung erle-
digt werden dürfen. Zudem hätten die
vier SVP-Kantonsräte, die der gleichen
Partei angehören wie Oberrichter Marti,
in den Ausstand treten müssen. Das
Bundesgericht wies die Beschwerde ab,
wie aus dem am Freitag veröffentlichten
Urteil hervorgeht.

Mit seinen Rügen berufe sich Elmer
vor allem auf kantonales Gesetzesrecht.
Dieses überprüfe das Bundesgericht
aber nur in Bezug auf Willkür. Willkürli-
ches Entscheiden werde aber «nicht
substanziert behauptet, geschweige
denn dargetan». Im Wesentlichen erin-
nerten die Lausanner Richter an ihre
frühere Rechtsprechung und die rechtli-
chen Grundlagen.

Danach dürfen bei der Beurteilung,
ob eine Strafuntersuchung erlaubt wer-
den soll, «nicht nur strafrechtliche Ge-
sichtspunkte allein, sondern auch poli-
tische beziehungsweise staatspolitische
Überlegungen berücksichtigt werden».
Ein solcher Entscheid hätte dann nicht
einen juristischen, sondern überwie-
gend politischen Charakter.

Sachurteil noch offen

Solche Entscheide darf der Kanton von
der Rechtswegearantie ausnehmen.
Mit anderen Worten: Elmer hatte nur be-
schränkte Beschwerdemöglichkeiten.
Konkret hatte er nur Anspruch darauf,
dass der Kantonsrat seine Überlegungen
zur Kenntnis nimmt und ihm anschlies-
send ein begründeter Entscheid mitge-
teilt wird.

Das Urteil des Obergerichts vom Au-
gust letzten Jahres, 14 Monate bedingt,
ist übrigens von Elmer und der Staatsan-
waltschaft angefochten worden, aber
noch vor Bundesgericht hängig. Obwohl
in einem zentralen Punkt freigespro-
chen, wurde Elmer der Grossteil der Ge-
richts- und Untersuchungskosten auf-
gelegt - insgesamt etwa 350 000 Franken.

Urteil 1D_4/2017